

Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945

Veranstalter: 18. Tagung des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen

Datum, Ort: 13.10.2007, Hannover

Bericht von: Wolfgang Brandes, Stadtarchiv Bad Fallingbostel

Rund 40 Teilnehmer konnten am 13. Oktober 2007 bei der 18. Tagung des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Hauptstaatsarchiv Hannover begrüßt werden. Die Tagung widmete sich dem Thema „Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945“. Die Dokumentation der Vorträge erfolgt anhand der von den Referenten dankenswerterweise zur Verfügung gestellten Abstracts.

Einführend sprach DANIELA MÜNDEL (Hannover/Göttingen) über das Thema „Zwischen Expansion und Demokratisierung. Hochschulpolitik in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1976“. Die deutschen, aber auch die anderen westeuropäischen Hochschulen standen seit den fünfziger Jahren vor einem grundlegenden Wandlungsprozess. Dieser fand sein vorläufiges Ende in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre nach der Etablierung von Massenuniversitäten und der Ablösung der alten Ordinarienuniversität durch die neue Gruppenuniversität. Die Themen Ausbildung im Allgemeinen und Hochschulausbildung im Speziellen avancierten mit einem Vorlauf in den späten 1940er- und 1950er- vor allem in den 1960er-Jahren zu einem ebenso herausragenden wie kontroversen Politikfeld. Die Erweiterung der universitären Kapazitäten und die Erhöhung der Studierendenzahlen wurde zu einer der Schicksalsfragen für die gesellschaftliche und ökonomische Zukunft der westeuropäischen Industrienationen erklärt. Die Lösung des Problems erblickten Experten und Politiker zunächst im Ausbau der vorhandenen und der Gründung von neuen Universitäten sowie seit Ende der 1960er-Jahre in der Konzeption von neuen Hochschultypen wie den Gesamthochschulen.

Dass eine rein quantitative Erweiterung von Hochschulen, Personal und Studienplätzen nicht die Lösung der Bildungsmisere sein konnte, war allen mit diesen Fragen befassten Personen und Gruppen von Beginn an klar. So entwickelten sich Forderungen, die die Expansion des Hochschulwesens unter zwei Aspekten mit Fragen der Demokratisierung verbanden: Zum einen implizierte die Expansion auch die Forderung nach der Öffnung der Universitäten für alle Bevölkerungsschichten. Zum anderen sollte eine Demokratisierung der Institution Universität im Hinblick auf die Erweiterung der Partizipation bisher nicht beteiligter Statusgruppen erfolgen.

Der Vortrag gab einen Überblick über den Verlauf der Diskussionen und Reformen sowie Einblicke in Konzepte, Trägergruppen, Konflikte und Wandlungsprozesse der Universitäten in den ersten Nachkriegsdekaden. Dabei lag der Fokus auf den zentralen Themenkomplexen Expansion und Partizipation. Der zeitliche Schwerpunkt erstreckte sich vom Beginn der 1950er- bis zur Mitte der 1970er-Jahre, als eine Stagnation des Prozesses einsetzte. Daniela Münkel ging von der These aus, dass es sich bei der Expansion und Demokratisierung der Hochschulen um eine der größten, aber letztlich nicht gelösten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Kontext der beschleunigten gesamtgesellschaftlichen Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse in den langen 1960er-Jahren handelte.

Der Vortrag von FRAUKE STEFFENS (Hannover) trug den Titel: „Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit.' Der Umgang der Technischen Hochschule Hannover mit der NS-Vergangenheit 1945-1956“. Beleuchtet wurden sowohl die institutionellen vergangenheitspolitischen Maßnahmen der Hochschulleitung und des Senats als auch der diskursive Umgang mit der nationalsozialistischen Zeit. Dabei standen sowohl Aspekte des Beschweigens als auch der aktiven Interpretation der politischen Vergangenheit im Vordergrund. Die technischen Akademiker thematisierten nach 1945 die NS-Zeit in einer selektiven Form und waren dabei auch auf der Suche nach einer für die Zukunft positiv anknüpfungsfähigen Deutung. Die aktive Beteiligung der Forscher am NS-

System, zu der etwa die Mitwirkung in der Rüstungsforschung und die Ausbeutung von Zwangsarbeiter(innen) aus Ost- und Westeuropa gehört hatten, wurde nach Kriegsende weitgehend beschwiegen. Der negative Bezug auf einzelne, auch von der Presse thematisierte Fälle nationalsozialistisch besonders engagierter Professoren diente den Wissenschaftlern oftmals zur symbolischen Distanzierung vom NS-Staat. Die offizielle Sprachregelung war, dem umfangreichen Beitrag der hannoverschen Wissenschaftler zur Kriegsforschung zum Trotz, die Hochschule stehe „innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit“. Die TH Hannover wurde, vor allem mit Bezug auf die schweren Bombenschäden, hauptsächlich als Opfer des Krieges dargestellt. Es gelang zudem, das Bild einer an sich „unpolitischen“, neutralen Wissenschaft zu festigen, die vom NS-System „missbraucht“ worden sei. Die Reflektion der politischen und ethischen Zusammenhänge technischen Handelns wurde weitgehend in außerfachliche Kontexte delegiert. Nicht zuletzt durch die aktive Interpretation der NS-Zeit gelang es den Akademikern, ihren gesellschaftlichen Einfluss zu bewahren und eine positive Imagepolitik der Hochschule zu entwickeln.

OLIVER SCHAEEL (Göttingen) analysierte in seinem Vortrag den Aufbau und das Scheitern der noch wenig erforschten „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ (APoWi), die sich von 1949 bis 1962 in Wilhelmshaven-Rüstertiel befand. Dieses ambitionierteste Hochschulreformprojekt der ersten Nachkriegsjahre in Westdeutschland war das Ergebnis einer fundamentalen Kritik der Arbeiterbewegung an einer sozial abgehobenen Elite, die an den traditionellen Hochschulen ausgebildet wurde und 1933 politisch-moralisch versagt hatte. Diese Kritik an den gesellschaftlichen Führungskräften war gleichwohl eine transnationale: Nur ein Jahr nach der Wilhelmshavener Gründung unternahm A. D. Lindsay in dem britischen Dorf Keele ein ganz ähnliches hochschulpolitisches Experiment. Der religiöse Sozialist Lindsay hatte maßgeblich die Reformvorschläge des „Blauen Gutachtens“ von 1948 beeinflusst, von denen viele sowohl in Wilhelmshaven als auch in Keele umgesetzt wurden. Neben pro-

testantischen Glaubensvorstellungen verbanden sich dabei Elemente der Erwachsenenbildung mit Ansätzen der jugendbewegten Reformpädagogik. So liberalisierte die APoWi den Hochschulzugang durch die Zulassung von Nichtabiturienten, konzipierte einen neuen sozialwissenschaftlichen Studiengang und versuchte, das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden durch ein gemeinsames Leben und Arbeiten im Hochschuldorf Rüstertiel neu zu bestimmen. Auch vergangenheitspolitisch ging sie zunächst neue Wege: Der NS-Widerständler Wolfgang Abendroth wurde Gründungsrektor und Rüdiger von Tresckow, Sohn des 20. Juli-Generals Henning von Tresckow, erster AStA-Vorsitzender.

Anders als ihre „Schwesterhochschule“ in Keele geriet die APoWi als alternative „College-Hochschule“ jedoch zwischen alle Fronten: Die Gewerkschaften entzogen der Hochschule die Unterstützung, da sie in ihr eine Konkurrenz für die eigenen Sozialakademien in Dortmund, Hamburg und Frankfurt sahen. Die „alten“ Hochschulen schlossen ebenfalls erfolgreich ihre Reihen gegen den akademischen Außenseiter. In ihrem Bemühen, die volle wissenschaftliche Anerkennung zu erreichen, glich sich der Wilhelmshavener Lehrkörper den herrschenden akademischen Normen immer weiter an: Der Rektor erhielt eine goldene Amtskette, die Professoren Talare und die Hochschule ein eigenes Siegel. 1957 erfolgte die Berufung des schwer NS-belasteten Hochschullehrers Ernst Rudolf Huber, um auch vergangenheitspolitisch ein „Normalisierungszeichen“ zu setzen. Insgesamt dementierte sich dieses Hochschulreformprojekt damit selbst. 1962 wurde es in die Universität Göttingen eingegliedert.

ANNE SCHMEDDING (Braunschweig) sprach über „Bauen, als wenn Du schwebst“. Friedrich Wilhelm Kraemer als Lehrer und die Braunschweiger Schule.“ Als der Architekt Kraemer im Januar 1946 die Leitung der Abteilung Architektur an der Technischen Hochschule Braunschweig übernahm, wurde damit der Grundstein für eine der erfolgreichsten bundesrepublikanischen Ausbildungsstätten für Architektur in der Nachkriegszeit gelegt. Mehrere Generationen der in Braunschweig ausgebildeten Architekten sind durch Kraemer und seine späteren

Kollegen Dieter Oesterlen, Walter Henn, Zdenko Strizic und Manfred Lehbruck bis Ende der 1960er-Jahre nachhaltig geprägt worden; ihre Namen sind Synonyma für ein Lehrkonzept, das später unter dem Begriff der „Braunschweiger Schule“ bekannt wurde.

So wie die „Stuttgarter Schule“ der 1920er-Jahre vor allem mit dem Namen Paul Schmitthenners verbunden wird, steht der Name Friedrich Wilhelm Kraemers heute für die „Braunschweiger Schule“ ein. Kraemer kam schon 1925 zum Studium an die TH Braunschweig, wo Carl Mühlenpfordt einer seiner einflussreichsten Lehrer wurde. Mühlenpfordts Reformansatz aus den 1920er-Jahren war für Kraemer ein wesentlicher Anknüpfungspunkt in der Neukonzeption einer zeitgemäßen Entwurfslehre nach 1945. Auch die anderen Braunschweiger Professoren waren von Protagonisten der Moderne wie Hans Poelzig maßgeblich in Architektur und Lehre beeinflusst. Auf welche weiteren Vorbilder die Architekten in ihrer Lehre und ihren Bauten zurückgriffen, wie sie auf die Internationalisierung der Architektur ihrer Zeit reagierten und wie sich daraus die Entwicklung spezifischer Entwurfstheorien vollzogen hat, ist Gegenstand eines momentan am Institut für Baugeschichte (Fachbereich gtas) laufenden Forschungsprojektes. Erste Ergebnisse wurden in dem Vortrag vorgestellt.

MIRIAM SAAGE-MAASS (Berlin) ging in ihrem Vortrag „Die Göttinger Sieben als Identitätsstifter“ von der These aus, dass die Göttinger Sieben einen Topos darstellen, einen Platz der Verständigung, über den sich die jeweils verschiedene Gesellschaft mit ihren Erfahrungen und Interessen ihrer selbst vergewissert. So bietet die Protestation der Göttinger Sieben in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Situationen Anknüpfungspunkte, die sich im Wege eines kollektiven Erinnerns im Rahmen von Festtagen und Gedenkveranstaltungen usw. aktualisieren ließen. Insbesondere seit 1945 besteht an der Universität Göttingen, wie auch beim niedersächsischen Landtag, großes Interesse an den Göttinger Sieben.

Dargelegt wurde wie in den 1950er-Jahren der Bundesrepublik die Göttinger Sieben - ganz unter dem Eindruck der „Deutschen Katastrophe“ - als Hoffnungsträger eines Neu-

anfangs gesehen wurden. Die Göttinger Sieben dienen der Selbstvergewisserung, dass es auch eine „andere“ deutsche Tradition gäbe, an deren Wertorientierung man nun anknüpfen könne. Anlässlich der Feiern zum 150-jährigen Jubiläum der Protestation 1987 in Göttingen und Hannover und zur Einweihung des „Denkmals für Zivilcourage“ vor den niedersächsischen Landtag 1998 stellte man sich dagegen ganz selbstbewusst in die Nachfolge der Göttinger Sieben. Sie wurden als Vorkämpfer all jener Ideale gedeutet, die man in der Bundesrepublik verwirklicht sah: Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, demokratische Protestkultur und Zivilcourage. Die Göttinger Sieben als Wegbereiter der Bonner Demokratie und als Mahnung, das Wertesystem gegen radikale Angriffe von Rechts und Links zu verteidigen. Der Vortrag verdeutlichte das Bedürfnis der niedersächsischen Hochschul- und Landespolitik nach historischen Identifikationsfiguren, in deren Tradition man sich stellen kann, um so die eigenen Wertvorstellungen wie auch das politische System zu legitimieren.

ERNST BÖHME (Göttingen) referierte zum Thema „Zwischen Restauration und Rebellion. Die Georgia Augusta und die politische Kultur Göttingens 1948-1968“. Bei allen Mängeln und Unzulänglichkeiten, die im Umgang der Georgia Augusta mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu beobachten sind, hatte die Universitätsführung ebenso wie Teile der Studentenschaft doch schon zu Beginn der 1950er-Jahre grundlegende moralische und politische Lehren daraus gezogen. Wenn man auch nicht oder nur viel zu selten bereit war, sich den Tätern und Opfern der Vergangenheit zu stellen, so hatte man doch das grundsätzliche Versagen der Hochschule gegenüber der Diktatur erkannt. Mehr noch: man zog daraus Folgerungen für die gegenwärtige politische Lage und handelte entsprechend. Das galt sowohl in den Auseinandersetzungen um den Filmregisseur Veit Harlan 1951/52 wie auch im Konflikt mit den studentischen Korporationen 1953 und in der „Schlüteraffäre“ 1955.

Im herrschenden politischen Milieu der Stadt Göttingen dagegen scheint das Jahr 1945 zunächst keinen erkennbaren Einschnitt bedeutet zu haben, da sich die politischen Verhält-

nisse der Weimarer Zeit nahezu bruchlos fortsetzten. Vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg war die bürgerlich geprägte Stadt eine Hochburg national-konservativer und nationalistischer Parteien. Der tiefe Einschnitt von 1945 wirkte sich zwar unmittelbar in der politischen Verfassung und dem Aufbau demokratischer Institutionen aus, nicht aber in gleichem Maße in einer Änderung der politischen Einstellung einer Mehrheit der Bevölkerung. Für die Stadt Göttingen lässt sich damit jene gegenüber der allgemeinen Entwicklung in der Bundesrepublik „verzögerte Normalisierung“ beobachten, die auch sonst für Niedersachsen festzustellen ist. Erst im Zusammenhang der „Schlüteraffäre“ ist zumindest auf der Ebene der Kommunalpolitik eine stärkere kritische Distanz zu rechtsextremen Strömungen erkennbar.

Im Anschluss an die Vorträge führte der um einen Kommentar gebetene Politikwissenschaftler HEIKO GEILING (Hannover) die Kategorie des „sozialen Feldes“ in die Diskussion ein. Dieser von Pierre Bourdieu geprägte Begriff könnte gerade die Universität als traditionelle Korporation, die zwischen Selbstbestimmung und Fremdeinfluss agiert, aber dabei die korporativen Bezüge immer wieder im Interesse auch der Autonomie gegenüber politischen Einflüssen betont, beschreiben. Dadurch ließen sich die spezifischen Prozesse, Machtverhältnisse und Ressourcen in diesem Raum, der wie jeder soziale Raum immer umkämpft sei, darstellen.

Die sich anschließende lebhafteste Debatte, unter anderem über die Frage, wo nach 1945 an den Universitäten die Frauen blieben, zeigte, dass zwar viele unterschiedliche Gesichtspunkte in der Tagung angesprochen werden konnten, die Forschung zum Verhältnis von Hochschulen und Politik aber noch viele Felder bearbeiten muss, zu denen auch die Stichpunkte Demokratisierung und Modernisierung von innen heraus gehören. Bezüglich eines Feldes, das erst jüngst in den Fokus des Interesses der Historiker geraten ist, vermochte die Arbeitskreissitzung eine erste Zwischenbilanz, aber auch einen Ansporn zur weiteren Beschäftigung und Verknüpfung von Themen zu geben.

Konferenzübersicht:

Daniela Münkler (Hannover/Göttingen): Zwischen Expansion und Demokratisierung – Hochschulen in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1976

Frauke Steffens (Hannover): „Innerlich gesund an der Schwelle einer neuen Zeit“ - Der Umgang der Technischen Hochschule Hannover mit der NS-Vergangenheit 1945-1956

Oliver Schael (Göttingen): Die „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ in Wilhelmshaven-Rüstersiel (1949-1962)

Anne Schmedding (Braunschweig): Die Braunschweiger Schule - Architektenausbildung nach 1945

Miriam Saage-Maaß (Berlin): Die Göttinger Sieben als Identitätstifter

Ernst Böhme (Göttingen): Die Georgia Augusta und die politische Kultur in Göttingen

Heiko Geiling (Hannover): Kommentar

Tagungsbericht *Hochschulen und Politik in Niedersachsen nach 1945*. 13.10.2007, Hannover, in: *H-Soz-u-Kult* 14.02.2008.